Tübingen, 28. November 2025

Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Potenziale für die Weiterentwicklung staatlicher Förderung

Eine aktuelle Studie des IAW für die Ostbeauftragte der Bundesregierung untersucht bestehende Unterschiede in der Vermögensbildung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie in der Inanspruchnahme staatlicher Förderung zum Vermögensaufbau. Die Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente kann zur Reduzierung der Vermögensungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland beitragen.

Tübingen, 28. November 2025 – Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen sich anhaltende Unterschiede in den Vermögen und in der Inanspruchnahme staatlicher Förderprogramme zur Vermögensbildung zwischen Ost- und Westdeutschland. Eine aktuelle Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) für die Ostbeauftragte der Bundesregierung legt den Fokus auf die Treiber und Barrieren der Vermögensbildung sowie die Bewertung und Perspektiven von Anlageformen und Förderinstrumenten. Dabei kombiniert die Studie statistische Analysen von Befragungsdaten mit eigenen qualitativen Erhebungen in Form von Fokusgruppendiskussionen.

Anhaltende Unterschiede im Vermögen, bei den Anlageformen und der Nutzung staatlicher Förderung

Die Analyse der Befragungsdaten zeigt anhaltende Unterschiede in den Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Median des Vermögens in Ostdeutschland lag 2017 bei 11.000 Euro, in Westdeutschland waren es 26.000 Euro und damit mehr als

doppelt so viel. Zwar besteht in beiden Landesteilen ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Vermögen, allerdings sind in Ostdeutschland auch höhere Bildungsabschlüsse mit vergleichsweise geringen Vermögen verbunden. In Westdeutschland ist der Anteil der Personen, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, mit 40 Prozent nach wie vor höher als in Ostdeutschland (30 Prozent); im Zeitverlauf ist kaum eine Angleichung zu beobachten. In Bezug auf das Finanzvermögen zeigen sich Unterschiede mit Blick auf das Risikoprofil: Risikoärmere Optionen (z.B. Bankguthaben) werden deutlich stärker in Ostdeutschland genutzt als in Westdeutschland, wo risikoreicheren Anlagen (z.B. Aktien) einen größeren Anteil ausmachen. In Ostdeutschland haben 6,7 Prozent der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren geerbt, in Westdeutschland sind es 8,4 Prozent; hinzukommt, dass deutlich niedrigere Beträge übertragen werden: 12.500 Euro im Median in Ost- und 35.000 Euro in Westdeutschland. Während der Anteil an der Bevölkerung, der spart, in beiden Landesteilen gleich ist, wächst die Differenz der monatlichen Sparbeträge über die Zeit zugunsten Westdeutschlands.

Die untersuchten staatlichen Förderinstrumente zur Vermögensbildung (vermögenswirksame Leistungen, Wohnungsbauförderung) werden bzw. wurden in Ostdeutschland mit Ausnahme des Baukindergelds insgesamt seltener und in geringerem Umfang genutzt als in Westdeutschland. In Ostdeutschland erhielten 2020 knapp 9 Prozent der Haushalte mit minderjährigen Kindern Baukindergeld, in Westdeutschland waren es 6 Prozent. Haushalte in Ostdeutschland machen durchschnittlich seltener von vermögenswirksamen Leistungen Gebrauch als jene in Westdeutschland und auch die angesparten Guthaben sind in Ostdeutschland geringer.

Historische, soziale und kulturelle Faktoren spielen weiterhin eine wichtige Rolle

Eine vertiefende Untersuchung der Treiber und Barrieren der Vermögensbildung beleuchtet auf der Grundlage von acht Fokusgruppendiskussionen mit insgesamt 58 zufällig ausgewählten Teilnehmenden aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Präferenzen und Hindernisse der Nutzung sowie die Bewertung von Anlageformen und Förderinstrumenten. Die Analyse zeigt, dass historische, soziale und kulturelle Faktoren weiterhin Einfluss auf die Wahrnehmung von Vermögen sowie auf die Motiva-

tionen, Ziele und Handlungsmuster im Umgang mit Geld haben. Aber auch soziodemographische und sozioökonomische Merkmale der Teilnehmenden spielen eine wichtige Rolle. Ostdeutsche zeigen tendenziell eine höhere Präferenz für Sicherheit in ihren Anlageentscheidungen, beeinflusst auch durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Transformationsjahre nach der Wende. Die Bedeutung einer soliden Finanzbildung wird in den Fokusgruppendiskussionen wiederholt hervorgehoben. Die Teilnehmenden schätzen staatliche Förderprogramme besonders, wenn diese klar strukturiert, leicht zugänglich und sicher erscheinen.

Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung staatlicher Förderung

Aufbauend auf der Datenanalyse und den Erkenntnissen aus den Fokusgruppendiskussionen formuliert die Studie Kernbefunde zu den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland und skizziert konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung des Vermögensaufbaus und zur Reduzierung der Vermögensunter-schiede. Die Handlungsempfehlungen zielen einerseits auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau ab: Dazu wird empfohlen, die Finanzbildung systematisch auszubauen und beim Vermögensaufbau einkommensschwächere Gruppen noch stärker in den Blick zu nehmen, insbesondere in Ostdeutschland. Andererseits werden die Stärkung und Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente sowie die stärkere Ausrichtung der Wohnungsbauförderung auf eine Vermögensbildung für breite Bevölkerungsschichten empfohlen.

➔ Link zur Studie: IAW-Vorstudie „Vermögenssituation und denkbare Fördermodelle zur Kapitalbindung in Ostdeutschland“

Kontakt für die Medien:
Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) e.V.
Dr. Natalie Herdegen
Telefon: 07071 9896-19
E-Mail: natalie.herdegen@iaw.edu